

Thomas Martin Schneider | Joachim Conrad | Stefan Flesch (Hrsg.)



Zwischen Bekenntnis und Ideologie

100 Lebensbilder des rheinischen Protestantismus
im 20. Jahrhundert



ZWISCHEN BEKENNTNIS UND IDEOLOGIE

ZWISCHEN BEKENNTNIS UND IDEOLOGIE

100 LEBENSbilder DES RHEINISCHEN
PROTESTANTISMUS IM 20. JAHRHUNDERT

Herausgegeben von Thomas Martin Schneider,
Joachim Conrad und Stefan Flesch



EVANGELISCHE VERLAGSANSTALT
Leipzig

Bibliographische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten
sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 by Evangelische Verlagsanstalt GmbH · Leipzig
Printed in Germany

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne
Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für
Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung
und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde auf alterungsbeständigem Papier gedruckt.

Cover: Zacharias Bähring, Leipzig

Coverabbildungen (von links oben nach rechts unten):

Johannes Rau (ã Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Hans Lachmann), Hannelotte
Reiffen und Ernst Flatow (ã Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland); Annemarie
Rübens und Paul Schneider (ã Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland), Hans Iwand.
(ã Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Hans Lachmann); Dorothee Sölle und
Gustav Heinemann (ã Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Hans Lachmann),
Heinrich Oberheid (ã Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland); Karl Barth (ã Archiv
der Evangelischen Kirche im Rheinland), Karl Jarres (ã Bundesarchiv, Bild 102-01175),
Wilhelm Menn (ã Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland)

Satz: Michael Hofferberth, Düsseldorf

Druck und Binden: Hubert & Co., Göttingen

ISBN 978-3-374-05617-0
www.eva-leipzig.de

INHALT

Einleitung	7
100 Lebensbilder des rheinischen Protestantismus	13
Prägung im Kaiserreich (ca. 1860–1890)	13
Frontgeneration (ca. 1890–1900)	109
Kriegsjugendgeneration (ca. 1901–1910)	221
Nachkriegsgeneration (ca. 1910–1920)	295
Kindheit und Jugend im Nationalsozialismus (ca. 1921–1934)	321
100 Lebensbilder – Versuch einer Bilanz	343
Personenindex	353
Abkürzungen	362
Abbildungsnachweis	363
Autorinnen und Autoren	365

EINLEITUNG

Nur etwas mehr als zwölf Jahre, nämlich die kurze Zeitspanne von Ende Januar 1933 bis Anfang Mai 1945, drückten wie wohl keine andere Epoche dem gesamten 20. Jahrhundert den Stempel auf. Das gilt für Deutschland, für Europa, ja für die ganze Welt. Und das gilt für die allgemeine Geschichte wie für die Geschichte der Kirchen, auch für die evangelische Kirchengeschichte im Rheinland. Aus der sicheren Warte von heute versucht man nicht nur zu verstehen, was in der Zeit des Nationalsozialismus selbst geschah, sondern auch für die Zeit davor zu ergründen, wie es dahin kommen konnte, wer den Nazis den Weg gebahnt hat oder – umgekehrt – wer frühzeitig gewarnt hat, und für die Zeit danach, wie die NS-Zeit nachwirkte, welche unmittelbaren und mittelbaren Folgen sie hatte, ob und wie sie erinnert wurde, welche Lehren man meinte ziehen zu müssen. Die nationalsozialistischen Staatsverbrechen, u. a. die millionenfache Judenverfolgung und -ermordung, bedeuteten insbesondere auch für die evangelische Kirchengeschichte eine tiefe Zäsur, die der Kirchenhistoriker Wolf-Dieter Hauschild zu Recht als »moralische Katastrophe« bezeichnet hat.¹ Die Frage drängt sich auf, wie sich insbesondere die Christinnen und Christen, von den Amtsträgern bis zu den einfachen Gemeindegliedern, vor, während und nach der NS-Zeit verhalten haben.

Personenzentrierte Geschichtsschreibung galt in den vergangenen Jahrzehnten vielfach als verpönt, da es nicht einzelne Gestalten, erst recht nicht bloß Männer seien, die Geschichte machten, sondern vielmehr Strukturen, Mentalitäten u. ä. Neuerdings erleben biografische Ansätze in der Geschichts- und Kirchengeschichtswissenschaft dagegen geradezu eine Renaissance. Wenn geschichtliche Persönlichkeiten nicht losgelöst vom jeweiligen historischen Kontext betrachtet werden, sondern vielmehr als verwickelt in Geschichte, dann ermöglichen sie häufig einen spannenden, konkreten Zugang zur Geschichte. Theologiegeschichte ist sogar schlechterdings nicht ohne personenorientierte Historiografie vorstellbar, denn theologische Positionen sind nicht selten eng mit biografischen Besonderheiten verwoben bzw. nur vor deren Hintergrund wirklich verständlich.

In dem hier vorliegenden Band sind 100 Kurzbiografien rheinischer Protestantinnen und Protestanten versammelt, die neben ihrer zumindest zeitweisen Zugehörigkeit zur rheinischen evangelischen Kirche eines verband, nämlich dass sie unmittelbar vor, während oder in den Jahrzehnten nach der NS-Zeit gelebt und gewirkt haben und in irgendeiner Weise mit ihrer Kirche enger verbunden waren oder sich mit ihr auseinandersetzten. Abgesehen von diesen

¹ Wolf-Dieter Hauschild, Lehrbuch der Kirchen- und Dogmengeschichte, Bd. 2, Gütersloh 1999, 906.

Gemeinsamkeiten handelt es sich um einen kunterbunten Strauß ganz unterschiedlicher Persönlichkeiten, verfasst von mehr als drei Dutzend Autorinnen und Autoren. Zwar können und wollen wir keinen Anspruch auf Repräsentativität oder gar Vollständigkeit erheben – und so wird ganz sicher manche Leserin/mancher Leser mit guten Gründen die eine oder andere Person vermissen und umgekehrt die eine oder andere berücksichtigte Person stattdessen womöglich für entbehrlich halten –, aber dennoch war bei der Auswahl der Personen das Bemühen leitend, den rheinischen Protestantismus im 20. Jahrhundert zumindest exemplarisch in seiner ganzen Breite abzubilden. Berücksichtigung finden sollten also etwa unterschiedliche theologische und (kirchen-)politische Richtungen (liberal, konservativ, pietistisch-evangelikal, lutherisch, reformiert, uniert, Bekennende Kirche [BK], »Deutsche Christen« [DC], Linksprotestantismus etc.), die im 20. Jahrhundert meist noch stark unterrepräsentierten Frauen, neben den Pfarrerrinnen und Pfarrern etwa auch Nicht-Theologinnen und Nicht-Theologen, also sogenannte Laien (ein Begriff, den die reformatorischen Kirchen auf Grund des »Priestertums aller Gläubigen« eigentlich gar nicht kennen), Universitätstheologinnen und -theologen, Religionspädagoginnen und -pädagogen und Menschen aus anderen kirchlichen Betätigungsfeldern, vor allem auch aus dem diakonischen Bereich, sowie aus dem gesellschaftlichen Leben allgemein. Schließlich sollten alle Regionen, also etwa auch Diasporagenden wie das Saarland, in hinreichendem Maße vorkommen.

Die Ordnung der Biografien erfolgte nicht alphabetisch, sondern nach Alterskohorten und innerhalb dieser wiederum nach dem Lebensalter. Auf diese Weise können einerseits Personen historisch angemessener miteinander verglichen werden, andererseits wird beim Lesen eine historische Entwicklung erkennbar. Ein alphabetisches Verzeichnis im Anhang ermöglicht gleichwohl das rasche Auffinden bestimmter Personen.

Die rheinische evangelische Kirchengeschichte im 20. Jahrhundert ist insbesondere mit Hilfe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte sowie der landeskirchlichen Kommission für Kirchengeschichte (früher: Ausschuss für rheinische Kirchengeschichte und kirchliche Zeitgeschichte) gründlich wissenschaftlich aufgearbeitet worden. Davon zeugen u. a. dutzende einschlägige Bücher der Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte (SVRKG), zahlreiche Aufsätze in den Monatsheften bzw. (seit 2013) Jahrbüchern für Evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes (MEKGR bzw. JEKGR) und der von Günther van Norden im Jahre 1990 herausgegebene Band V: »Das 20. Jahrhundert« der Quellen zur rheinischen Kirchengeschichte. Einen Überblick auf der Grundlage aktueller Forschungen bieten die 2013 bzw. 2008 erschienenen Bände 4 und 5 der handbuchartigen Evangelischen Kirchengeschichte im Rheinland: »Krise und Neuordnung im Zeitalter der Weltkrieg 1914–1948« (hg. von Thomas Martin Schneider) und »Kirche in der Öffentlichkeit – Die Transformation der Evangelischen Kirche im Rheinland 1948–1989« (verfasst von Uwe Kaminsky). Die wichtigsten Informationen, knapp zusammengefasst, finden sich in dem großformatigen, mit zahlreichen Abbildungen, Kartenmaterial und

CD-ROM versehenen Bildband »Evangelisch am Rhein« aus dem Jahre 2007 (hg. von Joachim Conrad, Stefan Flesch, Nicole Kuropka und Thomas Martin Schneider). Seit Ende 2016 ist schließlich der rheinische Regionalteil der EKD-Online-Ausstellung www.evangelischer-widerstand.de zum Verhalten evangelischer Christinnen und Christen im Nationalsozialismus mit vielen Text- und Bilddokumenten freigeschaltet. Wer sich über die kirchenhistorischen Hintergründe informieren möchte, hat dazu also reichlich Gelegenheit. Hier beschränken wir uns deswegen auf einige wenige grundlegende Aspekte, die der groben Orientierung dienen sollen.

Bis 1948 war das protestantische Rheinland eine Provinz der Evangelischen Kirche der altpreußischen Union. An der Spitze dieser großen Landeskirche stand bis 1918 als »oberster Bischof« (summus episcopus) der preußische König, der ja seit 1871 zugleich deutscher Kaiser war. Das landesherrliche Kirchenregiment versah der König mit Hilfe des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin und im Rheinland mit Hilfe des Konsistoriums am Sitz der preußischen Provinzialregierung in Koblenz. Oberster evangelischer Geistlicher der Rheinprovinz war der vom König eingesetzte Generalsuperintendent, der ebenfalls in Koblenz residierte. Neben den obrigkeitlichen Institutionen gab es auch gewählte Synoden, die preußische Generalsynode und – schon seit 1835 – die rheinische Provinzialsynode.

Mit dem Ende der Monarchie 1918 fiel zugleich das landesherrliche Kirchenregiment weg. Die Synoden traten gewissermaßen an dessen Stelle, auch wenn bestimmte Strukturen und etwa das Amt des Generalsuperintendenten noch bis 1948 beibehalten wurden. In der Umbruchphase 1918/19 befürchtete man kirchlicherseits einen großen Schlag gegen die Stellung der Kirchen gemäß dem laizistischen Modell in Frankreich oder gar entsprechend der harten Unterdrückung im bolschewistischen Russland. Zwar wurde 1919 mit der Weimarer Reichsverfassung die Trennung von Staat und Kirche beschlossen, jedoch erhielten die Kirchen den Status von Körperschaften des öffentlichen Rechts und behielten auf diese Weise mancherlei Privilegien, wie das Recht der Kirchensteuererhebung oder die Garantie konfessionellen Religionsunterrichts in den öffentlichen Schulen. Trotzdem konnten sich viele Kirchenvertreter mit der ersten Demokratie auf deutschem Boden nicht anfreunden und sehnten sich nach einem christlichen Staat mit autoritären Strukturen zurück. Das gilt sicher besonders auch für das Rheinland, das auf Grund der alliierten Besetzungen mehr als viele andere deutsche Regionen unter den Kriegsfolgen zu leiden hatte. Hinzu kam das traditionell gespannte Verhältnis zur katholischen Bevölkerungsmehrheit, die die rheinischen Protestantinnen und Protestanten oft pauschal mit der ungeliebten preußischen Herrschaft identifizierten. Der separatistische Versuch der Gründung einer rheinischen Republik 1923 hat solche Spannungen verschärft. Es wäre freilich viel zu undifferenziert zu meinen, in der rheinischen evangelischen Kirche hätte man nach 1918 rückwärtsgewandt nur dem Alten nachgetrauert. Vielmehr gab es daneben vielfältige Innovationen, wie die Durchführung von rheinischen Kirchentagen

1924, 1926 und 1930, die Einrichtung von besonderen Provinzialpfarrämtern, etwa für Studentenseelsorge oder für soziale Fragen, oder die Expansion und Neustrukturierung der diakonischen Arbeit und des kirchlichen Pressewesens. Viele Kirchenvertreter entwickelten sich mit der Zeit zwar nicht zu überzeugten Demokraten, aber immerhin zu Vernunftrepublikanern. In der sich öffnenden Gesellschaft der Weimarer Republik kam es auch in der rheinischen Kirche zunehmend zu Pluralisierungen. In den kirchlichen Gremien reichte das Spektrum von den konservativen Pietisten und den nicht minder konservativen Anhängern der »Positiven Union« über mittlere Gruppierungen bis hin zu den religiösen Sozialisten, wenn auch die Rechte ein deutliches Übergewicht hatte. Nicht zuletzt ist auf theologische Aufbrüche wie die Dialektische Theologie hinzuweisen. Deren führender Vertreter, Karl Barth, war von 1930 bis 1935 Professor an der rheinischen Landesuniversität in Bonn und hat eine ganze Generation angehender Pfarrer nicht nur im Rheinland nachhaltig geprägt. Auch die Anfänge der ökumenischen Bewegung gingen an der rheinischen Kirche nicht spurlos vorüber; an der Weltkirchenkonferenz in Stockholm 1925 etwa nahmen sechs rheinische Delegierte teil.

In der Zeit des »Dritten Reiches« dominierten in der rheinischen Kirche zunächst die sich fortschrittlich gebenden und weithin auch so wahrgenommenen »Deutschen Christen« (DC), die offen mit den Nationalsozialisten sympathisierten und die kirchlichen Strukturen und Lehren ganz dem neuen Zeitgeist anpassen wollten. Allerdings gab es auch einzelne frühe Mahnerinnen und Mahner, wie die Kölner Theologin Ina Gschlössl. Bei den freilich nicht ganz freien Kirchenwahlen im Juli 1933 erlangten die DC im Rheinland mehr als zwei Drittel der Sitze in den kirchlichen Gremien. Mit Heinrich Oberheid wurde ein glühender Nationalsozialist zum Bischof des Bistums Köln-Aachen – so nannte man die Provinzialkirche jetzt – bestimmt. Er machte sich daran, die rheinische Kirche völlig in die neu geschaffene und von den DC beherrschte Reichskirche einzugliedern. Die gewaltsamen Methoden der DC stießen gerade auch im Rheinland allerdings schon bald auf Widerspruch, der u. a. Anfang 1934 auf Freien Synoden geäußert wurde, die mit dem rheinischen Bruderat auch eine alternative Kirchenleitung errichteten. Von diesen Freien Synoden führte eine direkte Linie zur Barmer Reichsbekenntnissynode vom Mai 1934, die einmütig die maßgeblich von Barth formulierte Barmer Theologische Erklärung verabschiedete, die als das Gründungsdokument der BK über die Zeit des Nationalsozialismus und über die Grenzen Deutschlands hinaus kirchengeschichtliche Bedeutung erlangt hat. Spätestens seit Anfang 1934 galt auch die rheinische Kirche als eine »zerstörte Kirche«, in der es neben dem staatlich anerkannten DC-Kirchenregiment eine parallele bekennniskirchliche Leitungsstruktur gab, die zunehmend staatlicherseits bedrängt wurde. In der Mitte zwischen DC und BK gab es wie auch im übrigen Deutschland eine beträchtliche Anzahl von Pfarrern und Gemeindegliedern, die sich weder der einen noch der anderen Richtung zuordnen lassen, vielmehr aus dem Kirchenstreit heraushalten wollten. Das schloss, wie auch bei den BK-Anhängerinnen

und -Anhängern, eine grundsätzliche Zustimmung zum NS-Staat keineswegs aus. Man muss im Gegenteil davon ausgehen, dass nicht nur die DC-Mitglieder, sondern auch große Teile der Neutralen und der BK-Leute politisch dem NS-Staat loyal gegenüberstanden, auch wenn man nicht unbedingt dessen Rassenideologie in allen Teilen befürwortete und bestimmte politische Entscheidungen durchaus kritisch sah, insbesondere natürlich, wenn sie die Kirchen betrafen und auf deren organisatorische und lehrmäßige Gleichschaltung abzielten. Zu einer offenen Konfrontation und einer politischen Frontalopposition, die sich auch auf Menschenrechtsverletzungen bezog, die die Kirche nicht unmittelbar betrafen, haben sich auch in der rheinischen Kirche dagegen nur einige wenige durchringen können, die dann mitunter ihre Haltung und ihr Engagement mit harten Sanktionen oder gar mit dem Leben bezahlen mussten. Zu nennen sind hier u. a. der Hunsrücker Dorfpfarrer Paul Schneider und der Idar-Obersteiner Religionslehrer Georg Maus.

Nach dem Ende des »Dritten Reiches« ergriff der rheinische Bruderrat unter dem Vorsitz des Düsseldorfer Pfarrers und späteren Präses Joachim Beckmann die Initiative für die kirchliche Neuordnung. Dabei bezog man verfassungsmäßige Kontinuitätsträger durchaus mit ein, so den seit 1928 amtierenden Generalsuperintendenten Ernst Stoltenhoff, der in der NS-Zeit zeitweilig von seinem Amt suspendiert war, zwei schon vor 1933 gewählte Mitglieder des Provinzialkirchenrates sowie den als gemäßigt geltenden Konsistorialrat Helmut Rößler. Eine neue vorläufige Kirchenleitung wurde gebildet. 1948 tagte die rheinische Synode dann erstmals als Landessynode. Sie wählte den BK-Pfarrer Heinrich Held zum Präses der neuen Landeskirche. Das Präsesamt umfasste nunmehr sowohl den Vorsitz der Synode als auch den Vorsitz der Kirchenleitung als auch den Vorsitz der kirchlichen Verwaltung, des Landeskirchenamtes. Das Amt des Generalsuperintendenten wurde nach dem Eintritt des Amtsinhabers in den Ruhestand abgeschafft; auch seine Befugnisse und Funktionen als oberster Geistlicher bzw. »pastor pastorum« (Hirte der Hirten) gingen auf das Präsesamt über. Von den Alliierten hatten die neuen Kirchenleitungen das Privileg erhalten, selbst für die Entnazifizierung der Kirchen zu sorgen. Entgegen dem ursprünglichen Anspruch, bei dieser »Selbstreinigung« keinerlei Kompromisse einzugehen, beließ man es faktisch bei geringfügigen Maßregelungen, wie Versetzungen und vorzeitigen Pensionierungen. Lediglich einige wenige, wie der frühere DC-Bischof Oberheid, wurden endgültig aus dem kirchlichen Dienst entlassen. 1952 gab sich die neue Landeskirche eine neue Kirchenordnung. Danach ist die rheinische Landeskirche weder eine Konfessionskirche noch eine konsensusunierte Kirche, vielmehr eine Kirche, in der unterschiedliche Bekenntnisse miteinander in Geltung stehen und Abendmahlsgemeinschaft besteht. Nach dieser dynamischen Ekklesiologie schloss also ein Ja zur Union ein Ja zur Konfession keineswegs aus und umgekehrt.

Themen, die die rheinische Kirche nach 1945 beschäftigten, waren u. a. das Taufverständnis, ausgelöst durch Barths theologische Kritik an der Kindertaufe, politische Fragen, wie die Wiederbewaffnung, das Entmythologisierungs-

programm des einflussreichen Marburger Neutestamentlers Rudolf Bultmann, gegen das sich auch im Rheinland eine evangelikale Gegenbewegung formierte, sowie die weltweite Ökumene, einschließlich der wirtschaftlichen und politischen Probleme in der sogenannten »Dritten Welt« und im südlichen Afrika – hier insbesondere die Apartheidpolitik. Im Gefolge der sogenannten 68er-Bewegung und der neuen sozialen Bewegungen der 1960er bis 1980er Jahre kam es in der rheinischen Kirche, wie in anderen Kirchen, zu einer Linkspolisierung zahlreicher Pfarrer und Gemeindeglieder, die man auch als einen gewissen Reflex auf die Rechtspolisierung zu Beginn des Jahrhunderts begreifen kann. Der von 1958 bis 1971 amtierende rheinische Präses Beckmann ging sogar so weit, die maßgeblich von der Literaturwissenschaftlerin und Theologin Dorothee Sölle geprägten »Politischen Nachtgebete«, die ab Ende 1968 regelmäßig in der Kölner Antoniterkirche stattfanden, mit der politischen Theologie der DC zu vergleichen. Beckmanns Nachfolger standen der oft poetisch artikulierten politischen Theologie Sölles, die Einsichten Bultmanns mit marxistischem Engagement zu verbinden suchte, dagegen aufgeschlossener gegenüber. Insbesondere gilt das sicher für den von 1989 bis zu seinem plötzlichen Tod 1996 amtierenden charismatischen Präses Peter Beier, der sich u. a. stark in der Friedensbewegung der 1980er Jahre engagiert hatte. Schon seit der Weimarer Republik hatten sich vor allem auch im Rheinland Theologinnen für die Einführung der Frauenordination eingesetzt. Die volle rechtliche Gleichstellung der Theologinnen mit ihren männlichen Kollegen wurde indes erst Anfang der 1970er Jahre erreicht. Wie auch in anderen Bereichen folgte die Kirche hier der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung. Große überregionale Beachtung fand der rheinische Synodalbeschluss zur Neuordnung des Verhältnisses von Christen und Juden aus dem Jahre 1980, in dem sich die rheinische Kirche u. a. endgültig von der Judenmission verabschiedete. Fragen, die die Kirche am Ende des 20. Jahrhunderts umtrieb, waren u. a. der notwendige Strukturwandel auf Grund des Mitgliederschwunds infolge der demographischen Entwicklung sowie von Kirchenaustritten, die Ökumene mit der katholischen Kirche und der interreligiöse Dialog mit dem Islam. Auch der Dreiklang »Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung« spielte angesichts alter und neuer politischer, sozialer und ökologischer Herausforderungen auf regionaler wie auf globaler Ebene für die Kirchenleitenden wie für die Gemeinden eine wichtige Rolle. Solche Themen haben die traditionellen dogmatischen Probleme überlagert.

Thomas Martin Schneider

PRÄGUNG IM KAISERREICH (CA. 1860–1890)

Karl Viktor Klingemann (1859–1946)	15
Hubert Nold (1861–1935)	18
Karl Imig (1864–1939)	21
Emil Pfennigsdorf (1868–1952)	25
Walther Wolff (1870–1931)	28
Wilhelm Reichard (1871–1951)	31
Karl Hermann (1871–1940)	34
Heinrich Forsthoff (1871–1942)	37
Hermann Röchling (1872–1955)	40
Georg Fritze (1874–1939)	43
Karl Jarres (1874–1951)	47
Ida Obenauer (1875–1957)	50
Friedrich Horn (1875–1957)	53
Heinrich Grillo (1875–1941)	57
Karl Mensing (1876–1953)	59
Hermann Albert Hesse (1877–1957)	62
Siegfried von Lüttichau (1877–1965)	66
Wilhelm Goeters (1878–1953)	70
Philipp Bleek (1878–1948)	73
Paul Humburg (1878–1945)	76
Carl Frowein (1878–1954)	79
Ernst Stoltenhoff (1879–1954)	82
Robert Pferdmenes (1880–1962)	85
Rudolf Harney (1880–1965)	89
Friedrich Graeber (1884–1953)	92
Hermann Klugkist Hesse (1884–1949)	96
Karl Roderich Richter (1885–1965)	100
Karl Barth (1886–1968)	103
Magdalene von Waldthausen (1886–1972)	106

KARL VIKTOR KLINGEMANN

* 29. November 1859 in London

† 1. Februar 1946 in Bonn



Karl Viktor Klingemann war von 1913 bis 1928 Generalsuperintendent der rheinischen Provinzialkirche. Der glänzende Redner und begabte Organisator engagierte sich politisch im Alldutschen Verband und zählte zu den aggressivsten Exponenten in der nationalistisch-monarchistischen Hauptrichtung der evangelischen Pfarrerschaft vor 1933.

Der Sohn des gleichnamigen hannoverschen Legationsrates in London (1798–1862) wuchs in einer musisch begabten Familie auf. So publizierte er 1909 eine Edition des Briefwechsels zwischen Felix Mendelssohn Bartholdy und seinem Vater. Nach dessen frühem Tod kehrte die Familie nach Deutschland zurück. Nach dem Studium der evangelischen Theologie in Bonn und Marburg absolvierte Klingemann bis 1883 die theologischen Prüfungen in Koblenz.

Bereits dem jungen, frisch ordinierten Theologen, der die englische und französische Sprache fließend beherrschte, war eine gewisse diplomatische Weltläufigkeit zu eigen. Dies äußerte sich in der Wahl seiner ersten Pfarrstelle, der deutsch-französischen evangelischen Gemeinde im ägyptischen Alexandria. Die Erfahrung der guten Zusammenarbeit mit den Kaiserswerther Diakonen, die das dortige Krankenhaus betreuten, führte zu einer fortdauernden Verbundenheit mit dem Mutterhaus.

Ein kurzes, aber prägendes Intermezzo bildete seine erste Pfarrstelle nach der Rückkehr in Deutschland. 1890–1891 amtierte er als Vereinsgeistlicher und Reiseprediger des rheinischen Provinzialausschusses für Innere Mission in Langenberg. Hierdurch erwarb er sich ein vertieftes Verständnis der Sozialen Frage und engagierte sich fortan für die evangelischen Arbeitervereine. In Langenberg heiratete er Margarethe Conze (1866–1956), die

Tochter eines dort ansässigen Seidenfabrikanten. Aus der Ehe gingen vier Kinder hervor.

Es war nur konsequent, dass er sich für die nächste Berufsstation in die rasch wachsende Großstadt Essen orientierte. In Essen-Altstadt erwarb er sich durch seine geschickte Verhandlungsführung rasch einen guten Ruf in den kirchlichen und kommunalen Gremien. Allseits gerühmt wurden seine Kindergottesdienste, zu denen sich in der Pauluskirche (1944 zerstört) bis zu 1.300 Kinder mit etwa 50 Helferinnen und Helfern einfanden. Darüber hinaus hatte Klingemann zahlreiche überregionale Funktionen inne, wie etwa den Vorsitz im Rheinischen Kirchengesangverein, dem Dachverband der evangelischen Kirchenchöre. In Essen selbst rief er einen Bach-Verein ins Leben. Weitere Herzensanliegen waren ihm die Diasporaarbeit des Gustav-Adolf-Vereins sowie die Tätigkeit der Rheinischen Mission in Afrika und Asien. Seine lebhafteste Publikationstätigkeit begründete er 1898 mit der Schrift »Buddhismus, Pessimismus und moderne Weltanschauung«. Als im Jahr 1900 von der überdimensionierten Ruhrsynode der Bereich der Großstadt Essen mit elf Kirchengemeinden abgetrennt wurde, wurde der gerade 40-Jährige zum Superintendenten des neuen Kirchenkreises gewählt.

Im gleichen Jahr sprang Klingemann kurzfristig – und erfolgreich – als Redner bei einer Kundgebung des Alldeutschen Verbandes am Niederwald-Denkmal ein. Aus dieser Zeit datiert die lebenslange Freundschaft mit dem Mainzer Rechtsanwalt Heinrich Claß (1868–1953), der 1908 den Vorsitz des Verbandes antrat und Klingemann zu seinem Stellvertreter bestimmte. Im Vorstand bearbeitete er speziell die Ressorts Englandfragen, Kultur und Grenzland-Deutschum. In letzterer Zuständigkeit polemisierte er 1911 mit zahlreichen Eingaben gegen den Plan von Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg (1856–1921), im bisherigen Reichsland Elsass-Lothringen eine Verfassung einzuführen. Die seit 1908 von Claß propagierte gesteigerte aggressive und expansionistische Ausrichtung des Verbandes trug der strenge Lutheraner voll mit, wobei er in seiner intensiven politischen Agitation offensichtlich keinen Widerspruch zur Zwei-Reiche-Lehre sah.

1913 wurde Klingemann, der nun zu den profiliertesten rheinischen Pfarrerpersönlichkeiten zählte, zum neuen Generalsuperintendenten der Provinzialkirche ernannt. Damit war er Dienstvorgesetzter aller Pfarrer im Rheinland, von denen er in den nächsten 15 Jahren viele anlässlich von Jubiläen oder besonderen Gemeindeereignissen in ihren Pfarrhäusern besuchte. Neuer Dienstort war nun Koblenz, wo auch der preußische Oberpräsident amtierte. Aus dem Vorstand des Alldeutschen Verbandes zog sich Klingemann wegen Arbeitsüberlastung zurück, er blieb aber Mitglied.

Ganz im Sinne der Verbandsdoktrin begrüßte er 1914 den Kriegsausbruch »als ein Mittel zur Erreichung göttlicher Ziele«. Sein beim Evangelischen Preßverband erschienener Traktat »Wofür kämpfen wir?« stellte unmissverständlich den Kampf um deutschen Lebensraum in den Mittelpunkt der Kriegsziele: »Der Gewinn menschenarmer oder menschenleerer Gebiete [...] für unsere Kriegs-

verstümmelten, soweit sie für Landarbeit und ländlichen Kleinbetrieb sich eignen [...]«. Im Sommer 1915 folgte seine Schrift »Das Heldentum in der Bibel«. Wenige Wochen nach Erscheinen fiel der einzige Sohn Hermann an der Ostfront. In dem Buch »Vaterleid« (1918) suchte Klingemann seine Trauer literarisch zu bewältigen.

Die Weimarer Republik lehnte der weiterhin monarchistisch gesinnte Generalsuperintendent scharf ab. Dies manifestierte sich bereits 1919 mit seinem Flugblatt »Wer verschuldete den Schmach- und Hungerfrieden?« Aber das nunmehrige DNVP-Mitglied arrangierte sich mit den neuen politischen Verhältnissen und stellte gemeinsam mit Präses Walther Wolff die Weichen für die neue Kirchenverfassung. Auf der Weltkonferenz für Praktisches Christentum in Stockholm 1925, einem Meilenstein der ökumenischen Bewegung, zählte er zu den Wortführern der 80-köpfigen deutschen Delegation. Seine dortige Rede, in der er seiner Skepsis über den Völkerbund und der Not der besetzten Rheinlande Ausdruck verlieh, führte zu einer heftigen politischen Kontroverse. Der bekannte Ökumeniker Friedrich Siegmund-Schultze (1885–1969) sprach in diesem Zusammenhang gar von »Terrorismus einer nationalistischen Gruppe«.

1928 trat Klingemann hochgeehrt von Kirche und Politik in den Ruhestand. Mehrere Jahre nahm er noch eine Honorarprofessur an der Universität Bonn wahr. Er näherte sich wieder dem weiterhin bestehenden Aldeutschen Verband an, dessen Vorsitzender Claß ihm attestierte, dass Klingemann in den folgenden Jahren »einer der führenden Männer der Nationalen Opposition gegen die schwarz-rote Systemherrschaft« gewesen sei. Seine 1929 erschienene Schrift über »Rasse und Volkstum in ihrem Verhältnis zu Religion und Glauben« rezipiert weitgehend die zeitgenössischen Rasselehren. An die Herrschaftsübernahme der Nationalsozialisten 1933 knüpfte er folgerichtig hohe Erwartungen, trat aber publizistisch nur noch 1937 mit einer Würdigung von Ernst Moritz Arndt in Erscheinung.

Klingemann verstarb am 1. Februar 1946 in Bonn. Gemäß testamentarischer Verfügung trug sein dortiger Grabstein die Inschrift: »Ein deutscher Zeuge der Auferstehung Jesu Christi.«

Literatur

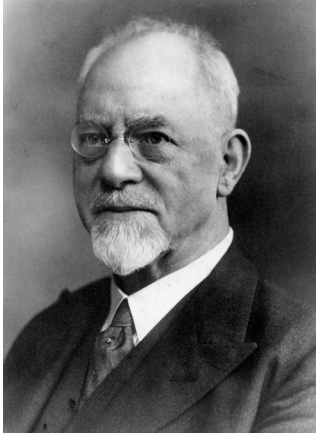
- Roger Baecker, Klingemann, Karl. In: BBKL IV (1992), 61–64 (mit vollständiger Bibliografie).
- Stefan Flesch, Karl Klingemann, evangelischer Theologe und Generalsuperintendent, URL: <http://www.rheinische-geschichte.lvr.de/Persoenlichkeiten/karl-klingemann-/DE-2086/lido/57c9359edcc264.22887285> (zuletzt abgerufen 20.04.2018).
- Albert Rosenkranz, D. Karl Klingemann. Zum hundertjährigen Geburtstag am 29. November 1959. In: MEKGR 9 (1960), 1–6.

Stefan Flesch

HUBERT LEOPOLD CHRISTIAN NOLD

* 5. September 1861 in Wetzlar

† 16. Mai 1935 in Saarbrücken-Burbach



»Die letzte große Freude seines Lebens war die Heimkehr des Saarlandes in das deutsche Vaterland, seine letzte Sorge die Erhaltung der Saarsynoden bei der rheinischen Kirche. Sein Name steht unvergeßlich in unser Herz geschrieben. Er war Säule des Deutschtums im Saarland, tragender Pfeiler in der evangelischen Kirche des Rheinlandes.« (AEKR 1 OB 009 Pers 51 Nr. N 030) So äußerte sich Rudolf Harney als Vertreter des rheinischen Provinzialkirchenrates anlässlich der Beisetzung des Saarbrücker Superintendenten Dr. Hubert Nold auf dem Burbacher Waldfriedhof am 19. Mai 1935. Tatsächlich sicherte Nold die Interessen der ev. Kirche im Saargebiet gegenüber dem Völkerbund, der das Land regierte. Tatsächlich war Nold immer deutschnational, aber unter seinem Schirm konnte die Bekennende Kirche einigermaßen sicher agieren. Nold gehörte der Bekennenden Kirche an der Saar nie an, war aber ihr Schutzpatron.

Hubert Nold verbrachte seine Jugend in seiner Geburtsstadt Wetzlar; hier besuchte er das Gymnasium. Am 10. Mai 1883 immatrikulierte er sich in Marburg, nahm sein Theologiestudium auf, wechselte nach Berlin (1883) und Bonn (1885) und legte das Examen »ziemlich gut« ab. Seine Feuertaufe bestand er in dem Industrieort Sulzbach; er wurde dann zur Entlastung des Synodalassessors Julius Fechner nach Malstatt geschickt, in eine Stadt, die durch den Hüttenstandort Burbach rasant an Bevölkerung zugelegt hatte. 1889 übernahm er die zweite Pfarrstelle und kümmerte sich um zwei Männer- und Jünglingsvereine.

Als Gustav Adolf Zillesen 1913 im Alter von 83 Jahren auf sein Superintendentenamt verzichtete, wählte die Saarbrücker Synode Hubert Nold. Dessen Aufgabenfeld wuchs unaufhörlich. Im August 1925 tagte in Stockholm die »Weltkonferenz für Praktisches Christentum« mit über fünfhundert Delegier-

ten; Nold gehörte zu ihnen. Themen wie die Soziale Frage, aber auch die christliche Erziehung ließen ihn nie mehr los.

Seit 1919 war das Saargebiet besetzt und seit 1920 unter Mandat des Völkerbundes. Damit war ein Teil der Rheinischen Kirchenprovinz für das Konsistorium nicht mehr direkt zu leiten. Am 20. Juli 1919 tagte die Kreissynode Saarbrücken in Brebach unter Vorsitz von Nold und in Anwesenheit von Präses Dr. Walther Wolff. Die Synode hielt fest, dass eine Trennung der rheinischen Gemeinden an der Saar von der Rheinischen Kirchenprovinz nicht in Frage käme. General Charles Mangin akzeptierte diese Entscheidung nicht, weil nach seiner Auslegung von § 49 des Versailler Vertrages ein Kirchenregiment außerhalb des Saargebietes nicht zulässig sei. Er forderte Nold am 22. Juli 1919 auf, in Wochenfrist eine Verfassung für ein eigenes Kirchensystem an der Saar vorzulegen. Das Konsistorium reagierte mit einer Denkschrift und wies das französische Anliegen zurück. Aber erst die Abberufung von Mangin am 11. Oktober beendete die Konfrontation. In ihrer Proklamation zur Amtsübernahme am 26. Januar 1920 erklärte die Regierungskommission, dass »unter der hohen Aufsicht der Regierungskommission« die Einwohner »ihre religiösen Freiheiten ausüben können«.

Hubert Nold musste in der Folge beständig vermitteln: So wurde die von der Regierungskommission eingeführte Frankenwährung von den meisten Einheimischen als Gehaltszahlung abgelehnt. Es kam von Monat zu Monat zu einer Wertminderung. Für Vikare und Pfarrer im Saargebiet waren die preußischen bzw. bayerischen Dienststellen zu gewissen Ausgleichszahlungen bereit, doch war die Wirkung bei der allgemein inflationären Entwicklung nicht von Dauer. Daneben errichteten die französischen Kommissionsmitglieder Domanialschulen. Grubenbedienstete wurden gezwungen, ihre Kinder in diese französischen Schulen zu schicken. Aus religiösen und nationalen Motiven heraus bezog Nold mit der evangelischen Pfarrerschaft klare Stellung gegen diese Schulreform. Daraufhin ließ die Regierungskommission immer wieder Pfarrer zur Rechenschaft ziehen. Nolds Engagement indessen würdigte die Bonner Fakultät 1922 mit der theologischen Ehrendoktorwürde. 1929 wurde Hubert Nold schließlich zum stellvertretenden Vorsitzenden des Provinzialkirchenrates ernannt.

Nold war die uneingeschränkte Autorität der evangelischen Kirche an der Saar, als die Kirche im Abstimmungskampf 1934/35 erneut in politische Machtkämpfe verstrickt wurde: Die »Deutschen Christen« warben massiv für die Rückkehr des Saargebietes in das Deutsche Reich. Es kam zu Auseinandersetzungen der Bekenntnistreuen um Otto Wehr mit den Deutschen Christen, was als Verrat an nationalen Interessen ausgelegt wurde. Superintendent Nold verwahrte sich in einem Brief vom 17. Juni 1933 an Hitler persönlich. Er stützte sich dabei auf keine theologischen Begründungen, sondern erläuterte die innenpolitische Entwicklung an der Saar und betonte die Verdienste der Saarbevölkerung um die nationalen Belange seit der Trennung. Der Konflikt brachte die evangelischen Pfarrer an der Saar in ständige Erklärungsnot, wenn sie national, aber nicht nationalsozialistisch dachten.

Die Einsetzung der Staatskommissare führte zu einer neuen Eskalation. Noch war sich Nold sicher, dass die Regierungskommission einen Übergriff von Außen auf die Rechte der Saarsynoden nicht hinnehmen würde. Die Anordnung der Beflaggung kirchlicher Gebäude mit der Staats- und Parteiflagge gab Nold nur unter Protest weiter. Er wollte »den schwer erkämpften Zusammenhang mit der rheinischen Kirche, der preußischen Landeskirche und der neuen Deutschen Kirche unbedingt [...] erhalten.« (Conrad, 1136). Als das Koblenzer Konsistorium auch für das Saargebiet für den 23. Juli 1933 Kirchenwahlen anordnete, erfolgte am 19. Juli prompt die Reaktion: Die Regierungskommission untersagte die Wahlen und ließ dies am folgenden Tag in der »Saarbrücker Zeitung« bekannt machen. Zugleich sammelten sich 24 Pfarrer hinter Hubert Nold, Otto Wehr und Philipp Bleek und verbreiteten unter der Losung »Für Evangelium und Kirche im Deutschen Volk« ihre Ablehnung. Es bildete sich auch an der Saar eine Pfarrerbruderschaft; im Laufe der Zeit stützte sich die Bekenntnisbewegung auf drei Fünftel der Pfarrerschaft. Otto Wehr, der an der Barmer Bekenntnissynode im Mai 1934 teilgenommen hatte, lud zu einer ersten Saarbrücker Bekenntnissynode am 1. Juli 1934 in die Saarbrücker Schlosskirche ein. Die bekenntnistreuen Pfarrer wandten sich am 17. September 1934 nun direkt an Hitler, und Superintendent Nold leitete dieses Schreiben weiter. In diesem Brief heißt es: »Wir wollen heim ins Reich. Wir haben bereits einmal im Jahr 1918 den Kampf gegen die Abtrennung der Evangelischen Kirche an der Saar durch die kluge und weisheitsvolle Führung des Superintendenten D. Nold geführt und gesiegt. [...] Die Wirklichkeit in dieser Kirche des Reichsbischofs und Rechtswalters ist wider deren Behauptung nicht eine wachsende Befriedung, nicht Einheit, sondern sich vollendende Zerstörung.« (Conrad 1137) Hitler, der die nahende Saarabstimmung überlegen gewinnen wollte, verlegte seine Politik darauf, dass an der Saar Ruhe zu halten war. Er sollte sein Ziel in der Abstimmung des 13. Januar 1935 auch erreichen. Kurz darauf starb Nold. Im Saarbrücker Stadtteil Burbach erinnert der Nold-Platz an den Theologen.

Literatur

- Klaus Altmeyer, Saardiözese und Evangelische Landeskirche des Saarlandes? Versuche zur Verselbständigung der Kirchen an der Saar nach den beiden Weltkriegen. In: Die evangelische Kirche an der Saar gestern und heute, hg. von den Kirchenkreisen Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen. Saarbrücken 1975, 261–278.
- Joachim Conrad, Art. Nold, Hubert (1861–1935). In: BBKL 24 (2005), 1132–1138.
- Fritz Jacoby, Die evangelische Kirche an der Saar im Abstimmungskampf. In: Die evangelische Kirche an der Saar gestern und heute, hg. von den Kirchenkreisen Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen, Saarbrücken 1975, 279–285.

Joachim Conrad

KARL PETER IMIG

* 26. März 1864 in Leideneck

† 21. November 1939 in Saarbrücken



Am 19. Oktober 1930 feierte die Kirchengemeinde Sulzbach das 40-jährige Ortsjubiläum ihres Pfarrers Karl Imig, der seinen Bergarbeitern ein treuer Seelsorger war. Als er als vierter Superintendent des neu gegründeten Kirchenkreises St. Johann zehn Jahre zuvor eingeführt worden war, hatte sich seine Welt bereits völlig verändert: Das Saargebiet stand seit 1920 unter der Verwaltung des Völkerbundes und die evangelischen Gemeinden hatten um ihre Anerkennung zu kämpfen. Bald kamen die Auseinandersetzungen mit den Deutschen Christen hinzu, die Karl Imig ablehnte, deren Bekämpfung ihm aber durch sein fortgeschrittenes Alter schwer fiel. Am Ende wurde der Mann, dem von Jugend an nichts geschenkt wurde, von den Entwicklungen zur Seite gedrückt.

Als Sohn eines Lehrers am 26. März 1864 in Leideneck im Hunsrück geboren, besuchte Karl Imig 1877 zuerst das Gymnasium in Trarbach und wechselte dann 1880 auf das Gymnasium an Marzellen in Köln. Da starb der Vater 1882. Es gelang der Mutter, den Jungen auf dem Gymnasium zu halten, wo er am 20. März 1885 Abitur machte. Karl Imig nahm das Studium der Theologie auf, zuerst in Bonn und dann in Halle. Bereits 1888 legte er sein Erstes Examen in Koblenz ab. Das Konsistorium verfügte seine Einweisung in das Vikariat nach Kappel, 1889 wechselte er nach Sulzbach, damals noch Kirchenkreis Saarbrücken. Bei dem dortigen Pfarrer Ferdinand Wagner verblieb er auch nach dem Zweiten Examen im Hilfsdienst. Superintendent Gustav Adolph Zillesen ordnete Karl Imig am 5. August 1890 in Neunkirchen (Saar). Als Pfarrer Wagner 1893 seinen Dienst in Sulzbach beendete, wählte das Presbyterium Karl Imig zum Nachfolger.

Am 18. Dezember 1894 heiratete Karl Imig Klara Schaffberg; den Eheleuten wurde zwei Kinder geschenkt: Karl 1895 und Gertrud 1899. Sohn Karl sollte Jura studieren und als Richter jenem Prozess vorsitzen, den der Superintendenturverwalter Karl Roderich Richter gegen Pfarrer Richard Braun um die Herausgabe der Kreissynodalkasse führte. Vom Vater her vertraut mit den Ordnungen der Kirche und misstrauisch gegen das neue DC-Kirchenregiment, sollte Karl Imig jun. den BK-Pfarrer Braun stützen.

Seit 1897 gab es im Bereich des heutigen Saarlandes zwei Kreissynoden; Sulzbach gehörte nun zur neu gegründeten Synode St. Johann. 1909 und 1915 wurde Karl Imig zum Assessor gewählt. Nach Ende des Ersten Weltkrieges war das Saargebiet unter französischer Verwaltung und unterstand ab 1920 dem Völkerbund. Die französische Besatzungsmacht versuchte rasch, im eigenen Interesse Fakten zu schaffen. In einer ersten Besprechung am 21./22. Mai 1919 ließen die Franzosen keinen Zweifel daran, dass sie die evangelischen Kirchengemeinden von Koblenz bzw. Speyer getrennt sehen wollten und lockten mit der Errichtung einer Universität in Saarbrücken samt einer Theologischen Fakultät. Konsistorialrat Dr. Herbert du Mesnil legte indessen eine Denkschrift vor und erläuterte die Position der Kirchen, was die Franzosen wenig beeindruckte. Die Abberufung des federführenden Generals Charles Mangin am 11. Oktober 1919 beendete diese erste Krise.

Kaum hatte Karl Imig das Amt als Superintendent von St. Johann angetreten – die Bestätigung erfolgte am 20. September 1920 –, als die zweite Krise die evangelische Kirche erschütterte: Die Gehaltszahlungen für die Pfarrerschaft kamen ins Stocken, und durch den Währungsverfall der Mark ergaben sich für die Pfarrfamilien erhebliche wirtschaftliche Probleme. Die Gemeinden an der Saar wurden gedrängt, die Gehaltszahlungen in Franken vorzunehmen. Dazu sollte eine eigene Kasse vor Ort gegründet werden. Es kam das Gerücht auf, Msgr. Alexander Subtil, Dechant von Saarlouis, habe bereits am 24. April für den katholischen Klerus im preußischen Teil des Saargebietes zugestimmt. Die Superintenden Nold und Imig suchten umgehend das Gespräch mit Dechant Aloys Echelmeyer in Saarbrücken, der Subtils Verhalten nicht nachvollziehen konnte. Die Superintenden empfanden die Lage als so problematisch, dass die beiden Kreissynoden in gemeinsamer Tagung zusammentraten. Der Ausnahmezustand sollte anhalten, denn die Gesetzgebung in Preußen wirkte sich beständig negativ für das Saargebiet aus. Karl Imig erläuterte in einem Schreiben am 28. Juli 1932, dass die Pfarrfamilien existenziell gefährdet waren.

Die dritte Krise entstand durch den Umstand, dass der Versailler Vertrag dem französischen Staat erlaubte, im Saargebiet eigene Schulen für seine Beschäftigten zu unterhalten. Als die Grubenverwaltung ihre Schulen auch deutschen Volksschulkindern öffnete, schlugen die Wogen hoch. Und obwohl nur höchstens 4,5 % aller Volksschüler die sog. Domanialschule besuchten, wurde der Schulkampf neben dem Bergarbeiterstreik und der französischen Besetzung einer der Hauptkonflikte während der Völkerbundszeit. Aus den beiden

Saarkirchenkreisen traten am 16. Januar 1923 zuerst eine Pfarrer- und Presbyterkonferenz und am 5. März die Kreissynoden zu gemeinsamer Tagung zusammen. Man warnte die Eltern, die ev. Volksschulen mit ihrem deutsch-protestantischen Charakter aufzugeben. Frankreich lockerte den Druck jedoch erst, als die Saarabstimmung nahte. So konnte der Geheime Kommerzienrat Hermann Röchling im Oktober 1934 Superintendent Imig Entwarnung melden, denn die Schülerzahlen waren im Sinken begriffen. Imig meldete dies dem Konsistorium weiter.

In Imigs Synode St. Johann häuften sich die Probleme, denn zu den wichtigsten Kontaktpersonen der »Saar-Vereine« zählte Heinrich Becker, der seit 1897 in Neunkirchen/Saar zuerst als Hilfsprediger, dann bis zur Emeritierung 1937 als Pfarrer Dienst tat. Becker kämpfte vehement gegen die französische Schulpolitik und verfasste dazu zahlreiche Artikel für den »Saar-Freund«, das Publikationsorgan der Saar-Vereine. Er engagierte sich außerdem als Vortragsredner; auf Bundestagungen in Würzburg (1927) und in Münster (1929) und wurde – nicht unerwartet – wegen seines Engagements in der Saarfrage zum Ehrenmitglied des Bundes ernannt. Diesem agilen Kollegen war Imig nicht gewachsen. Eine so vehemente Vermengung politischer und kirchlicher Interessen war neu für ihn; die Einflussnahme der Deutschen Christen war mit Händen zu greifen.

Parallel wurden Kirchenwahlen vorbereitet, die den Deutschen Christen nun auch den Zugang zu den Presbyterien und Synoden ermöglichen sollten. Die Regierungskommission des Völkerbundes verbot diese Wahlen am 19. Juli 1933, weil sie von Reichsbehörden angeordnet waren, die auf das Saargebiet keinen Zugriff hatten. Und während die Pfarrer des Kirchenkreises Saarbrücken sich mit einer Zeitungsanzeige am Tage der Kirchenwahlen im Reich von den Deutschen Christen distanzieren, hielten sich die St. Johanner Pfarrer zurück, so dass Superintendent Imig alleine dastand.

Den Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die Deutschen Christen sollten die beiden saarländischen Superintenden ten nicht mehr im Amt erleben. Der St. Johanner Superintendent Karl Imig war mit Erreichen der Altersgrenze im März 1934 als ein im Grunde resignierter Mann in den Ruhestand getreten; der Saarbrücker Superintendent D. Hubert Nold starb überraschend ein Jahr darauf am 16. Mai 1935. So führten in beiden Saarsynoden die Synodalassessoren die Geschäfte, Philipp Bleek in Saarbrücken und Hermann Alsdorf in St. Johann. Karl Imig starb mit 75 Jahren am 21. November 1939 in Saarbrücken und wurde auf dem Hauptfriedhof bestattet. Die einzige Anerkennung für seinen Dienst, die er je bekommen hatte, war die Rote-Kreuz-Medaille III. Klasse am 6. Mai 1920.

Literatur

Joachim Conrad, Der saarländische Sonderweg 1919–1955. In: Evangelische Kirchengeschichte im Rheinland. Bd. 4 Krise und Neuordnung im Zeitalter der Weltkriege 1914–1948, hg. von Thomas Martin Schneider. Köln 2013 (SVRKG 173), 207–250.

Joachim Conrad

EMIL PFENNIGSDORF

* 10. Juni 1868 in Plötzkau

† 7. April 1952 in Bonn



Emil Pfennigsdorf zählt zu jenen Vertretern einer älteren Generation, deren feste deutsch-christliche Überzeugungen sie gegenüber den politischen Zielen des Dritten Reiches aufgeschlossen sein ließen. Mit seinem Namen verbinden sich die heftigen fakultätspolitischen Auseinandersetzungen innerhalb der Evangelisch-Theologischen Fakultät in Bonn ab 1932 und deren spätere »Gleichschaltung«. Geboren 1868 in Plötzkau bei Bernburg an der Saale, übernahm Pfennigsdorf nach Studium, Promotion und Vikariat zunächst verschiedene Aufgaben innerhalb der Anhaltinischen Landeskirche, um dann im April 1912 zum Pfarrer der Düsseldorfer Matthäikirche ernannt zu werden. Bereits nach einem Jahr verließ Pfennigsdorf die Düsseldorfer Pfarrstelle und übernahm zum 1. April 1913 eine ordentliche Professur für Praktische Theologie in Bonn, wenig später dort auch die Funktion eines Universitätspredigers. Zudem wurde Pfennigsdorf in kirchenleitende Aufgaben eingebunden: ab Februar 1923 als Konsistorialrat nebenamtliches Mitglied des Konsistoriums in Koblenz, von Mai 1925 an schließlich Konsistorialrat der Evangelischen Kirche der Altpreu-Bischen Union.

Ende der zwanziger Jahre war die Bonner Fakultät durch verschiedene Vakanzten auf lediglich vier Professuren und einige Dozenturen geschrumpft. Neben Pfennigsdorf lehrten als Professoren in Bonn noch der Neutestamentler und Systematiker Hans Emil Weber, der Kirchenhistoriker Wilhelm Gustav Goeters sowie der Kirchenhistoriker und Neutestamentler Erik Peterson. Ein Theologiestudium schien in Bonn nicht mehr sonderlich attraktiv zu sein, was sich auch in den sinkenden Studentenzahlen deutlich zeigte. Die notwendige personelle wie inhaltliche Erneuerung der Fakultät begann im Sommer-Semester 1929 mit

der Berufung des liberalen Alttestamentlers Gustav Hölscher und des von der dialektischen Theologie beeinflussten Neutestamentlers Karl Ludwig Schmidt. Schmidt machte für die Annahme seines Rufes zur Bedingung, dass Karl Barth ebenfalls nach Bonn berufen werde. So trat zum Sommer-Semester 1930 Barth seinen Dienst in Bonn an, zudem konnten der Kirchengeschichtler Ernst Wolf, der Orientalist Fritz Lieb und als Assistent Schmidts Ernst Fuchs für die Bonner Fakultät gewonnen werden. Mit diesen Berufungen wurde die Fakultät personell wie inhaltlich erneuert, die Studierendenzahlen stiegen sprunghaft an. Die Kehrseite dieses Erfolgs war jedoch die faktische kirchenpolitische Spaltung der Fakultät: Eine Minderheit um Pfennigsdorf zeigte bereits zu Beginn der dreißiger Jahre deutlich Sympathien für den Nationalsozialismus, während unter den der NS-Bewegung kritisch eingestellten Dozenten kirchenpolitisch unterschiedliche Positionen eingenommen wurden: Die Bandbreite reichte von den deutschnational gesinnten Weber und Goeters über den liberalen Hölscher hin zu den von dialektischer Theologie und Sozialdemokratie geprägten Barth und Schmidt.

Diese Spaltung sollte sich nach der sog. Machtergreifung für die Kritiker des Nationalsozialismus unter den Fakultätsangehörigen als verhängnisvoll erweisen, zumal sich auch die Studentenschaft erheblich radikalisiert hatte. »Die deutschchristlich und pronationalistisch eingestellten Mitglieder der engeren und weiteren Fakultät obsiegten über die sozialdemokratisch orientierten und schließlich auch über die deutschnational-konservativen älteren Fakultätskollegen. Die theologisch-kirchliche Neuorientierung in der gesamten Arbeit der Fakultät, in der wesentliche Voraussetzungen für die Bekennende Kirche gelegt wurden, unterlag dem völkisch-politischen Wollen im Rahmen der mit dem Dritten Reich gleichgeschalteten Universitäten und Fakultäten.« (Faulenbach, Album 19 f.)

Die treibende Kraft einer konsequenten Umsetzung der nationalsozialistischen Hochschulpolitik innerhalb der Bonner Fakultät war Emil Pfennigsdorf, der in der Bonner Evangelisch-Theologischen Fakultät einen hohen Einfluss besaß. Obwohl Pfennigsdorf sich nicht der NSDAP anschloss, näherte er sich als DC-Mitglied (bis 1938) und als förderndes Mitglied der SS (bis 1937) der nationalsozialistischen Bewegung auch institutionell an. Seine Wahl am 27. April 1933 zum Dekan und »Fakultätsführer« erfolgte mit drei Ja-Stimmen und sechs Enthaltungen, da die beiden zuvor gewählten Kandidaten Hölscher und Barth ihre Wahl mit der Begründung, keinerlei Verantwortung für die befohlene Gleichschaltung übernehmen zu wollen, strikt ablehnten. Vom Mai 1933 an bis zum 30. September 1936, auch über seine Emeritierung am 1. April 1936 hinaus, übte er damit nun bereits zum dritten Mal das Amt eines Dekans aus.

Offen vertrat Pfennigsdorf den nationalsozialistischen Willen zur Gleichschaltung der Fakultät und forcierte die Entlassung aller dem neuen Regime kritisch gegenüber eingestellten Kollegen wie beispielsweise Karl Barth, Karl Ludwig Schmidt oder Fritz Lieb, aber auch die spätere Versetzung von Ernst Wolf, Gustav Hölscher, Hans Emil Weber und Wilhelm Goeters. Zufrieden kon-

statierte Pfennigsdorf Ende 1935, dass sich die Fakultät in einem Zustand »fortschreitender Gesundung« befinde. (Faulenbach, Album 20). Die kirchenpolitische Spaltung der Bonner Fakultät war nach 1933, maßgeblich durch Pfennigsdorf verantwortet, durch Entfernung unbotmäßiger Kollegen und durch Neuberufung von NS-Sympathisanten tatsächlich überwunden worden. Aus Sicht der Bekennenden Kirche jedoch galt Bonn als »zerstörte Fakultät«, an der nicht Theologie studiert werden sollte.

Nach dem Krieg wurde Pfennigsdorf Ende 1945 von der britischen Militärregierung auf die Liste der suspendierten Hochschullehrer gesetzt. Gegen diese Entscheidung erhob Pfennigsdorf mit dem Argument Einspruch, dass er als ein Opfer des Dritten Reiches zu betrachten sei, das Widerstand geleistet hätte. Aufgrund weiterer Gutachten, in denen Pfennigsdorfs fakultätspolitische Rolle in den Jahren 1933 bis 1936 in für ihn günstigem Licht geschildert wurde, ordnete die Militärregierung schließlich Pfennigsdorfs Emeritierung und die Zahlung eines Ruhegehaltes als Emeritus an. Die Bonner Fakultät verzichtete ihrerseits darauf, im Entnazifizierungsverfahren von Pfennigsdorf über sein politisches Verhalten Auskunft zu geben, da es ihn schädigen würde und er für eine weitere Beeinflussung der Studenten aufgrund seines hohen Alters nicht mehr in Frage käme.

Die Fakultät war jedoch nicht mehr bereit, den als »sehr belastet« in die Kategorie V Eingestuften als Emeritus im Personalteil des Vorlesungsverzeichnisses weiter aufzuführen. Pfennigsdorf starb am 7. April 1952 in Bonn.

Literatur

Heiner Faulenbach (Hg.), Das Album Professorum der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn 1818–1933. Bonn 1995.

Ders., Die Evangelisch-Theologische Fakultät Bonn. Sechs Jahrzehnte aus ihrer Geschichte seit 1945. Bonn 2009.

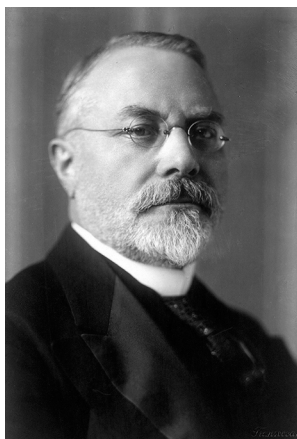
Wolfram Kinzig, Gottes Wort in Trümmern. Karl Barth und die Evangelisch-Theologische Fakultät vor und nach dem Krieg. In: Zwischen Diktatur und Neubeginn. Die Universität Bonn im »Dritten Reich« und in der Nachkriegszeit, hg. v. Thomas Becker. Göttingen 2008, 23–57.

Andreas Mühling

WALTHER WOLFF

* 9. Dezember 1870 in Neuwerk bei Mönchengladbach

† 26. August 1931 in Aachen



»Die evangelische Kirche hat die ungeheure Bedrohung ihres Daseins lebenskräftig überwunden«, dieser Satz des rheinischen Präses Walther Wolff war es, der Karl Barth, zu dieser Zeit Professor an der Rheinischen-Friedrich-Wilhelms Universität in Bonn, zu seinem aufsehenerregenden Aufsatz »Quousque tandem [...]« bewegte. Der Herausgeber des einflussreichen »Kirchlichen Jahrbuchs«, Johannes Schneider, rief Barths Widerspruch hervor, als er sich so zustimmend auf den rheinischen Präses bezog. Wolff steht, wie Schneider selbst und andere führende kirchenleitende Persönlichkeiten dieser Zeit – allen voran Otto Dibelius – für etwas, das Barth als »kirchlichen Triumphalismus« bezeichnet und den er in aller Entschiedenheit ablehnt.

Abseits dieser Anekdote – wer war Walther Wolff? Geboren wurde er am 9. Dezember 1870 im heute zu Mönchengladbach gehörigen Neuwerk. Sein Vater war Volksschullehrer. Nach dem Besuch des Gymnasiums in Mönchengladbach studierte Wolff evangelische Theologie in Greifswald, Marburg und Halle. Seine erste Pfarrstelle übernahm er 1894 im niederrheinischen Otzenrath, 1901 wechselte er dann nach Aachen. Während des Ersten Weltkrieges stand er auf der Seite derer, die bis zum Ende einen deutschen Sieg erwarteten und sämtliche Friedensbemühungen strikt ablehnten. Noch 1917 erschien eine Schrift aus seiner Feder, die den bezeichnenden Titel »Alles, alles für unser Vaterland!« trug.

Es ist somit nicht überraschend, dass Walther Wolff wie viele seine Zeitgenossen – nicht nur, aber gerade auch innerhalb des Protestantismus – die Kriegsniederlage als einen katastrophalen Einschnitt deutete. Mit dem Ende der Monarchien und Fürstentümer auf dem Gebiet des Deutschen Reiches ende-